

DIE WELT: 08:18

Kulturkürzungen: Schwarz-Grün tritt vorsichtig den Rückzug an

Abgeordnete kritisieren Pläne als "vorschnell"

Von Insa Gall

In den Streit über die Schließung des Altonaer Museums und die Etatkürzung beim Schauspielhaus kommt Bewegung. Die Grünen machen Druck, damit bei dem Kulturgipfel in der kommenden Woche eine echte Lösung gefunden wird. "Uns ist wichtig, dass der Runde Tisch kein Kaffeekränzchen wird, sondern sich richtig etwas bewegt", sagte GAL-Landesvorsitzende Katharina Fegebank. Denkbar sei, dass dabei auch die für das Jahresende beschlossene Schließung des Museums abgewendet wird. "Ich hoffe, dass über alle getroffenen Sparentscheidungen noch einmal gesprochen wird", so Fegebank. Wenn die Politik mit den Beteiligten der wichtigen Kultureinrichtungen zusammensäßen, müsse darüber nachgedacht werden, wie die historischen Museen gestützt und unterstützt werden könnten. "Da sollen Gespräche stattfinden, bei denen Lösungen entwickelt werden", fordert die GAL-Vorsitzende.

Allzu groß ist der Spielraum allerdings nicht, räumt auch Fegebank ein. Denn wie die CDU fühlt sich auch der grüne Koalitionspartner an die Sparverpflichtung für den Kulturbereich gebunden, die der Senat im September beschlossen hatte. Die Grünen stehen allerdings durch den Protest gegen die Schließungspläne unter besonderem Druck. Über 40 000 Unterschriften, die die Bürgerinitiative gesammelt hat, könne man nicht so einfach hinweggehen, sagt die GAL-Vorsitzende. "Ich nehme dies sehr ernst, weil es zu einem großen Teil unsere Grünen-Klientel ist, die sich da zusammenschließt und gegen die Schließung protestiert." Die Grünen wollen auf jeden Fall durchsetzen, dass das Museumsgrundstück nicht, wie spekuliert worden war, an Investoren verkauft wird, sondern das Gebäude "als lebendige Kulturstätte" erhalten bleibt. Ein Konzept dafür gibt es allerdings noch nicht.

"Wir erwarten von diesem Runden Tisch, dass dort nicht nur über Befindlichkeiten geplaudert wird, sondern über konkrete Lösungsansätze", sagte auch GAL-Fraktionschef Jens Kerstan. Forderungen nach einer kompletten Rücknahme der Senatsbeschlüsse seien wenig hilfreich. "Für das Altonaer Museum brauchen wir ein Konzept, was aus der Sammlung wird, wie eine kulturelle Weiterernutzung des Gebäudes aussehen und wie die erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit weiterführt werden kann."

Auch die Kürzungen beim Schauspielhaus scheinen nicht mehr in Stein gemeißelt. Politiker von CDU und GAL signalisierten beim Sender HH 1 ebenso Kompromissbereitschaft wie Jack Kurfess, Geschäftsführer des Theaters. Die zu kürzende Summe von 1,2 Millionen Euro sei "etwas vorschnell" genannt worden, sagte Brigitta Martens, kulturpolitische Sprecherin der CDU. Beim Kulturgipfel müsse geprüft werden, wo und wie beim Schauspielhaus verträglich gespart werden könne. Auch GAL-Kulturpolitikerin Eva Gümbel hat "die Erwartung, dass der Senat sich bewegt". Es müsse klar sein, dass die relativ kleine Summe, über die man rede, großen Schaden anrichte. Jack Kurfess erklärte, er beharre "nicht auf der Maximalvariante" von 1,2 Millionen Euro.

Mittlerweile sind die Einladungen für das erste Treffen des Runden Tisches hinausgegangen. Nach Informationen der WELT soll der Kulturgipfel am Mittwoch kommender Woche im Gästehaus des Senats stattfinden. Neben Bürgermeister Christoph Ahlhaus und Kultursenator Reinhard Stuth (beide CDU) sowie den Grünen sitzen unter anderem Vertreter des Museums, des Schauspielhauses, der Öffentlichen Bücherhallen und der Bürgerinitiative zur Rettung des Museums am Tisch.

Unterdessen verstärken sich die Hinweise, dass die Schließung des Altonaer Museums, so wie sie vom Senat beschlossen wurde, rechtlich ohnehin problematisch wird. Die "Freunde des Altonaer Museums" haben gestern ein Rechtsgutachten von Jörn Axel Kämmerer, Professor für Rechtswissenschaft an der Bucerius Law School, vorgelegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Museum ohne eine Änderung des Stiftungsrechts oder eine Auflösung der gesamten Stiftung Historische Museen Hamburg nicht zu schließen ist. Dafür wäre ein Bürgerschaftsbeschluss erforderlich. Eine Senatsentscheidung oder ein Satzungsbeschluss des Stiftungsrats reiche als Grundlage für die Schließung keinesfalls aus, so Kämmerer. Anders als ein Gutachten des Anwalts Gerhard Strate sieht der Jurist allerdings den Grundrechtsvorbehalt nicht betroffen.